02
15 www.uni-koeln.de

forschung 365

Das Wissenschaftsmagazin der Universität zu Köln
The University of Cologne's Journal of Science

Licht und Schatten
Light and shadow

Sternegucken für Fortgeschrittene
Das Rätsel um die Herkunft der Sterne

Advanced star gazing
The mystery of star formation

Licht ins Dunkel. Forschung über die Anfänge der Fotografie
Light into the darkness. Research into the beginnings of photography

Virtuelle Schattenwelten. Warum man bei Horror-Computerspielen die Kontrolle verliert
Virtual shadow worlds. Why we lose control when we play horror computer games

Inhalt Contents

6

Sichtweisen
Perspectives

60

Wissenschaft im Brennpunkt
Science in Focus

72

Forschungskooperationen
Research Cooperations

76

Forschungsförderung
Research Funding

78

Forschungspolitik
Research Politics

82

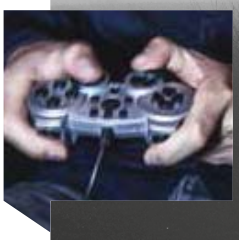
Impressum
Imprint

Sternegucken für Fortgeschrittene
Advanced star gazing

10

Licht ins Dunkel
Light into the darkness

20



Virtuelle Schattenwelten
Virtual shadow worlds

30

Barrieren abbauen
Dismantling barriers

38

Barrieren abbauen

Wie Menschen mit Behinderungen mehr gleichberechtigte Teilhabe in unserer Gesellschaft erlangen können

Dismantling barriers

How to create equal participation opportunities for people with disabilities

Robert Filgner

Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit geben, sichtbare und aktive Bürgerinnen und Bürger in der Gesellschaft zu werden – das ist das Ziel des europäischen Forschungsprojekts „DISCIT – Making Persons with Disabilities Full Citizens". Anne Waldschmidt von der Internationalen Forschungsstelle Disability Studies gestaltet die Schritte zu besserer und umfassender Teilhabe aktiv mit. Dabei vertritt sie in dem Projekt nicht nur die Universität zu Köln, sondern Deutschland.

Making it possible for people with disabilities to become active citizens in our societies – that is the declared goal of the European research project DISCIT – Making Persons with Disabilities Full Citizens. Anne Waldschmidt from the International Research Unit Disability Studies is actively involved in the project, contributing to the creation of better and more comprehensive participation opportunities. She represents not only the University of Cologne, but Germany in the project.

Der gesellschaftliche Wandel durchdringt unsere Lebensrealität mehr und mehr. Moderne Smartphones zum Beispiel wirken wegen der glatten Oberfläche für sehbehinderte oder blinde Menschen im ersten Moment wie Barrieren. Doch mit den richtigen Apps erweitern sie die Fähigkeiten von Menschen mit eingeschränktem Sehvermögen. Rollstuhlnutzern bieten sie schnell Informationen über barrierefreie Wege und Räume. Und die Entwicklungen, um den Lebensalltag für alle Menschen zu vereinfachen, schreiten weiter voran: mit positiven Aspekten, die es zu nutzen gilt und die aktiv mitgestaltet werden können – von allen gesellschaftlichen Gruppen, von Wissenschaft und Wirtschaft, vom Staat, der Zivilgesellschaft und einzelnen aktiven Bürgern.

Genau an diesem Punkt setzt das Forschungsprojekt DISCIT an. Als eine Wortschöpfung aus DISabilities und CITizens ist DISCIT so selbsterklärend wie notwendig: Menschen mit Behinderungen soll „Aktive Bürgerschaft" ermöglicht werden. Hierfür müssen die Barrieren abgebaut werden, die dies bislang noch verhindern. Professorin Dr. Anne Waldschmidt ist an der Universität zu Köln zentrale Ansprechpartnerin für das europaweite Vorhaben, das unter dem Schwerpunkt „Wichtigste gesellschaftliche Tendenzen und ihre Auswirkungen" im siebten Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union und in dessen Nachfolgeprogramm Horizont 2020 gefördert wird. Neun Länder beteiligten sich an den Untersuchungen zu den Möglichkeiten, wie Menschen mit Behinderungen mehr gleichberechtigte Teilhabe in unserer Gesellschaft erlangen können.

Menschen mit Behinderung sind oft „unsichtbare" Bürgerinnen und Bürger

Am Lehrstuhl für Soziologie und Politik der Rehabilitation, Disability Studies, untersucht die Soziologin und Politologin mit ihrem Team schon lange das Potential, das sich für die Gesellschaft insgesamt ergibt, wenn „Aktive Bürgerschaft" von Menschen mit Behinderungen gewährleistet wird. Seit Februar 2013 hat sie im Rahmen des Forschungsprojekts DISCIT dafür ein neues Netzwerk von gleichgesinnten Unterstützern. Die Partner sind über ganz Europa verteilt. Neben Deutschland sind Italien, Irland, das Vereinigte Königreich, Tschechien, Serbien, die Schweiz, Schweden und Norwegen beteiligt. Es geht um nichts weniger als die Erarbeitung eines inklusiven und nachhaltigen europäischen Sozialmodells. Das klingt nicht nur gut, sondern ist auch bitter notwendig. Denn Menschen mit Behinderungen sind auch heute noch „invisible citizens" – unsichtbare Bürgerinnen und Bürger. Dabei gibt es seit 2006 ein Abkommen der Vereinten Nationen, das Menschen mit Behinderungen nicht mehr einen Krankheitsstatus zuschreibt, sondern die Umsetzung ihrer Menschenrechte verlangt und sie als gleichberechtigte Gesellschaftsmitglieder betrachtet. Die UN-Behindertenrechtskonvention, die in Deutschland seit 2009 rechtsverbindlich ist, hat gleichsam die Unsichtbaren aus dem Schatten in das Licht geholt: Es geht um Grundrechte und Gleichbehandlung, Inklusion und Partizipation.

„Wir vergessen, dass es auch unter den Erwachsenen viele behinderte Menschen gibt"

Doch was heißt das für die Lebensrealität von Menschen mit körperlichen, geistigen oder psychischen Beeinträchtigungen? „Betrachtet man Deutschland, fällt auf, dass wir hier mehr als in anderen Ländern vor allem über die Inklusion in der Schule reden", sagt Waldschmidt. „Wir sehen meist nur auf die junge Generation und vergessen, dass es auch unter den Erwachsenen viele behinderte Menschen gibt. Deshalb geht es auf der Basis der Behindertenrechtskonvention um viele weitere Praxisfelder." Zum Beispiel bietet eine Werkstatt für behinderte Menschen zwar Arbeit und Beschäftigung, gleichzeitig ist sie zumeist eine Sackgasse, denn sie grenzt von der Teilhabe am „normalen"

Arbeitsleben aus. In anderen europäischen Ländern existieren dagegen andere Strukturen und Praktiken – in Schule, Beruf und auch beim Wohnen. Daher verfolgt DISCIT den europäischen Ansatz: voneinander lernen und im Best-Practice Verfahren nach möglichst guten Problemlösungen suchen.

Geforscht wird im Projekt, indem Interviews mit betroffenen Menschen sowie mit Expertinnen und Experten aus der Behindertenpolitik und den Behindertenrechtsorganisationen geführt wurden, und zwar mit Hilfe gemeinsamer Leitfäden gleichzeitig in allen neun beteiligten Ländern. Von Februar bis Oktober 2014 haben beispielsweise die in DISCIT zusammengeschlossenen Forschungseinrichtungen 216 teilstrukturierte, biografische Interviews mit Menschen mit Behinderungen geführt und analysiert. Dabei wurden drei Altersgruppen und Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen (Mobilitäts-, Sinnes- und Lernbeeinträchtigungen sowie psychische Behinderungen) berücksichtigt. Die Wissenschaftler gingen wichtigen Lebensbereichen nach und ließen sich dabei von Behindertenselbsthilfeorganisationen beraten. Ziel war es, das Konzept der Aktiven Bürgerschaft und seine Umsetzung in Europa zu beleuchten, so dass Schlüsse daraus gezogen werden können, wie und wo neue Ansätze erarbeitet und bestehende verbessert werden müssen. Vor allem ging es darum, was sich behindertenpolitisch in Europa verändern muss. Als die drei wichtigsten Dimensionen machten die Experten Sicherheit, Autonomie sowie Einflussnahme aus.

Für die Verwaltung zählt vor allem der Kostenfaktor

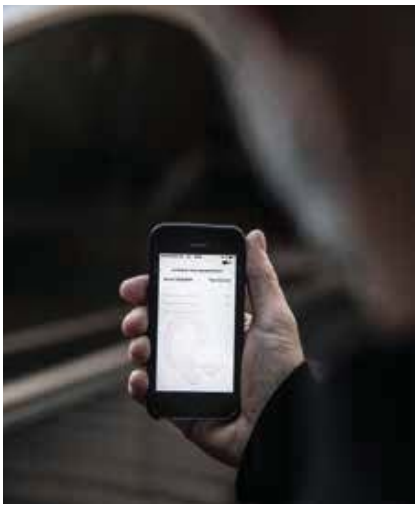
Der Kölner Forschungsschwerpunkt um Professorin Waldschmidt und ihr Team liegt auf der politischen Partizipation von Menschen mit Behinderungen. „Die UN-Behindertenrechtskonvention sieht hier viele Möglichkeiten vor, die aber noch nicht richtig genutzt werden. Zum Beispiel haben wir in unserer Forschungsarbeit festgestellt, dass das Prinzip der Selbstvertretung Betroffener gestärkt werden sollte. Es sollte also eine Interessenvertretung der Menschen mit Behinderungen – und nicht nur für diese – etabliert werden", argumentiert die Sozialwissenschaftlerin. Dabei sei der europäische Blick von großem Vorteil. Denn viele Länder haben eigene Umgangsweisen gefunden, die teilweise besser funktionieren als deutsche Projekte. An anderen Stellen nimmt jedoch Deutschland eine Vorreiterrolle ein, wie etwa die aktuelle Debatte um ein neues Bundesteilhabegesetz zeigt.

„Es liegt Vieles auf dem Tisch. Es muss nur an den richtigen Stellen eingesetzt werden", betont Professorin Waldschmidt. „Als Forschende können wir nur Impulse geben. Aber das wollen wir auch nutzen. Im Rahmen des geplanten Bundesteilhabegesetzes gibt es konkrete Punkte, die europäisch betrachtet werden könnten." Damit meint sie die Bedürftigkeitsprüfung im Rahmen der sogenannten Eingliederungshilfe, die aktuell noch Teil des deutschen Sozialhilferechts ist. Um diese Leistungen erhalten zu können, muss der betroffene Mensch sein Einkommen und Vermögen genau offenlegen. „Nur wenn das Vermögen niedrig genug ist, erhält man Eingliederungshilfe, zum Beispiel für Arbeitsassistenz. Damit sind Menschen mit umfassendem Unterstützungsbedarf quasi zur Armut verdammt." Das klingt nicht nur unpraktisch und sehr bürokratisch, es wirft auch ein bezeichnendes Licht auf die Situation vieler behinderter Menschen: Obwohl Teilhabe, „Aktive Bürgerschaft" und Gleichstellung erwünscht sind, zählt für die Verwaltung vor allem der Kostenfaktor – so entstehen doch wieder Ungleichheit und Ausgrenzung. Die Soziologin geht noch einen Schritt weiter und betont: „Die Behindertenrechtskonvention enthält das Grundrecht auf angemessenen Lebensstandard. Warum also sollen Menschen mit Behinderungen nicht in der Lage sein, eigenes Vermögen zu bilden? Schließlich wird ja allgemein erwartet, dass man selbst für Altersabsicherung sorgt, sich also soziale Sicherheit mit Hilfe von Erwerbstätigkeit erwirtschaftet. Unsere irischen Partner beleuchten diesen Ansatz genauer und vergleichen die europäische Praxis. Auch bei Menschen mit Behinderungen macht eine finanzielle Zweiklassengesellschaft wenig Sinn. Schließlich geht es um umfassende Teilhabe auf gleichberechtigter Basis."

Übergreifend, ganzheitlich und vergleichend forschen

Neben der politischen Partizipation und Repräsentation waren die weiteren Untersuchungsfelder von DISCIT die Rolle der sozialen Dienstleistungen insbesondere für Menschen mit psychischen Behinderungen, die Stärken und Schwächen vorhandener Ansätze zur Inklusion in den allgemeinen Arbeitsmarkt, die Strategien für

die erfolgreiche Umsetzung von Assistenz und Wohnen in der Gemeinschaft (community living) sowie der Zugang zu neuen Technologien und die ökonomische Unabhängigkeit. Das ist eine große Bandbreite an Themen, die mit den unterschiedlichen Sozialstaatsmodellen der europäischen Partnerländer eng verbunden sind. Ein im Mai 2015 veröffentlichter European Policy Brief hat die Erkenntnisse gesammelt und gibt erste Empfehlungen für die Politik, die auf den empirischen Analysen in den neun europäischen Ländern beruhen. Auf der Schlusskonferenz im November 2015 werden die Ergebnisse öffentlich vorgestellt,



die dann über weitere Publikationen und Fachvorträge in die Praxis hineinwirken sollen.

Man merkt Professorin Waldschmidt an: Es ist ihr ein persönliches Anliegen, Zustände zu verändern. Aber, so gibt sie selbst zu, im europäischen Rahmen ist dies nicht einfach, da wegen der Ländervielfalt gemeinsame Ansätze und Lösungen schwer zu finden sind. Dennoch bietet für sie DISCIT einen richtigen Ansatz, nämlich übergreifend, ganzheitlich und vergleichend zu forschen, wie es zumindest für die EU-Mitgliedstaaten und die assoziierten Länder möglich werden kann, Menschen mit Behinderungen auf der Basis der Behindertenrechtskonvention besser in die Gesellschaft zu integrieren. Und das ist weiterhin notwendig.

Social change is increasingly shaping the reality of our lives. At first glance, the sleek surfaces of modern smart phones, for example, appear to be barriers for visually impaired or blind people. But with the right apps, smartphones can actually enhance the skills of persons with visual impairments. They can also provide quick information about accessible routes and spaces for wheelchair users. In recent years, there has been great progress in developments that make everyday life easier for all people, with positive aspects that should be exploited and can be actively influenced – by all social groups, by science and the economy, the state, civil society and individual active citizens.

The research project DISCIT targets precisely these goals. As a neologism composed of the words DISabilites and CITizens, DISCIT is as self-explanatory as it is necessary: the aim is to facilitate the "active citizenship" of people with disabilities. This means that we have to dismantle the barriers that continue to prevent it. Professor Waldschmidt is the central contact person at the University of Cologne for the Europe-wide project that is being funded in the area "Major trends in society and their implications" of the EU's Seventh Framework Programme and its successor program Horizon 2020. Nine countries are involved in this exploration of the possible ways in which persons with disabilities can attain a greater degree of equal participation in our society.

Persons with disabilities are often "invisible citizens"

Together with her team, Waldschmidt, who holds the Chair for Sociology and Politics of Rehabilitation, Disability Studies at the University of Cologne, has already been researching the potential active citizenship of people with disabilities holds for our society for a long time. In February 2013, she found a network of like-minded supporters in the DISCIT project. The partners are located across Europe. Besides Germany, Italy, Ireland, the United Kingdom, the Czech Republic, Serbia, Switzerland, Sweden and Norway are involved. The aim is nothing less than the development of a comprehensive and sustainable European Social Model. That not only sounds good, it is also urgently necessary. To this day, people with disabilities are "invisible citizens" – despite the UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities that was passed in 2006, which no longer ascribes the status of illness to disabled people. Instead, it demands the observance of their human rights and regards them as members of society who enjoy the same rights as everyone else. The UN Convention, which since 2009 is legally binding in Germany, has helped disabled people step out of the darkness into the light. It is about basic rights and equal treatment, about inclusion and participation.

"We forget that there are also many adults with disabilities"

But what does this mean for the everyday lives of persons with physical, sensory, cognitive or psychosocial impairments? "Looking at Germany, we can see that in contrast to other countries, we tend to discuss inclusion largely in terms of schooling," says Waldschmidt. "We mostly focus on the younger generation and forget that there are also many adults with disabilities. That is why the UN Convention lays out many different areas of action." For example, sheltered workshops provide work and occupation for disabled people, but at the same time they are often a dead end. They tend to permanently exclude people from the "regular" job market. In other European countries, different structures and practices exist in the areas of schooling, work and living. Hence DISCIT pursues a European approach: learning from one another and finding good problem solutions by developing best practice models.

The researchers involved in the project

conducted interviews with affected persons as well as with policy experts and advocacy organizations. This process is unfolding simultaneously on the basis of shared guidelines in all nine involved countries. Between February and October 2014, for example, the research institutions participating in DISCIT conducted and analyzed 216 partly structured life course interviews with disabled people. This study included three age cohorts of persons with four forms of impairments (mobility, seeing and learning impairments as well as psycho-social difficulties). The researchers explored important areas of life, making use of the expertise of self-help organizations. The aim was to shed light on the concept of active citizenship and its implementation in Europe in order to be able to draw conclusions regarding how and where new approaches must be developed and existing ones improved. Most importantly, it focused on what has to change for disabled people in Europe at the level of policy. As the three most important dimensions, the experts identified security, autonomy and influence.

What mostly seems to count for administrators are the costs

Professor Waldschmidt's research area focuses on the political participation of people with disabilities. "The UN Convention envisions many possibilities that are currently not being used to their full potential. For example, we noted in our research that the self-representation of the persons concerned should be strengthened. We need advocacy groups of disabled people, not only for them," she argues. In this context, the European perspective is greatly beneficial. Many countries have found specific ways of dealing with the issue, some of which work better than many German projects. In other areas, however, Germany takes the lead, for example in current debates over a new Federal Participation Act.

"Many ideas are on the table. They just have to be put to practice in the right places," Waldschmidt emphasizes. "As researchers, we can only give impulses. But we want to make use of this capacity. In the planned German Federal Participation Act, there are concrete points that could be regarded from a European perspective." She is referring to the means test that is conducted in the framework of so

called integration support, which currently is still part of German social welfare legislation. In order to receive support, one has to provide proof of one's income and assets. "A person is only granted integration support, for example work assistance, if his or her income and assets are sufficiently low. This means that people who are in need of extensive assistance are more or less doomed to being poor." That not only sounds unpractical and very bureaucratic, it also sheds light on the situation of many disabled people: although participation, active citizenship and equal rights are a desired goal, what mostly seems to count for administrators are the costs – which invariably leads to more inequality and exclusion. Waldschmidt continues: "The UN Convention contains an article on the basic right to an adequate living standard. Then why should disabled people not have the right to accumulate wealth? It is expected from all of us that we provide for our old age, that we attain social security by means of gainful employment. Our partners in Ireland are examining this aspect more closely and comparing the practices of different European countries. A two-tier system of income and wealth does not make a lot of sense – regarding persons with and without disabilities. Our goal must be comprehensive participation on the basis of equal rights."

Comprehensive, holistic and comparative research

Besides political participation and representation, DISCIT investigated the role of social services particularly for people with psycho-social difficulties, the strengths and weaknesses of existing approaches to integrating people with disabilities in the labor market, strategies for the successful implementation of assistance and community living as well as access to new technologies and economic independence. This broad scope of issues is intimately connected with the welfare state models of the European partner countries. A European Policy Brief published in May of this year has summed up the findings and gives first recommendations for political decision makers based on the empirical analyses conducted in the nine participating EU countries. At the final conference in November of this year, the results will be presented to the public. The intention is that secondary publications and talks will carry them into the fields of social practice.

Clearly it is also Professor Waldschmidt's personal mission to actively change the current state of affairs. However, experience has taught her that this is not so easy at the European level. The variety of approaches in the different member states makes it difficult to find common solutions. But in spite of these difficulties, she is convinced that DISCIT is pursuing the right strategy by conducting comprehensive, holistic and comparative research on how at least the EU member states and associated countries can better include persons with disabilities into society on the basis of the UN Convention. And further efforts in this area are urgently needed.